

Akademische Vergangenheitspolitik als Selektionsprozess

Klingemann, Carsten

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Klingemann, C. (2008). Akademische Vergangenheitspolitik als Selektionsprozess. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Teilbd. 1 u. 2* (S. 3342-3352). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-155733>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Akademische Vergangenheitspolitik als Selektionsprozess

Carsten Klingemann

Das gesellschaftlich-politische Umfeld, in dem die Entnazifizierung der Hochschulen statt fand

Die anfänglich sehr rigide Entlassungspolitik, insbesondere in der amerikanischen Zone, stand schon früh im Widerspruch zur Strategie, deutsche Stellen die Entnazifizierung durchführen zu lassen. Zu bedenken ist dabei auch, dass zeitgleich der Ost-West-Konflikt sich zuspitzte, und im Kontext des beginnenden Kalten Kriegs wurden anderen Prioritäten gesetzt. So schützten und nutzten zum Beispiel amerikanische Geheimdienste schwer belastete deutsche Geheimdienstexperten, darunter auch Wissenschaftler. Die allgemeine Unzufriedenheit mit dem Entnazifizierungsverfahren lässt sich nicht nur auf die Ablehnung von vermeintlicher Siegerjustiz zurückführen. Allein der quantitative Umfang des Vorhabens, alle NSDAP-Mitglieder und die ihrer angeschlossenen Verbände sowie andere Funktionsträger einer Überprüfung zu unterziehen, ließ das Vorhaben fragwürdig erscheinen. Die Volksweisheit: »Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen«, bringt nicht einfach ein Ressentiment zum Ausdruck. Da nämlich zuerst die massenhaften Fälle der kaum oder gering Belasteten verhandelt wurden, die häufig durch viele Instanzen und vor verschiedene Gremien gingen, und nicht selten mit verhältnismäßig hohen Strafen endeten, während die Fälle der stark und sehr schwer Belasteten zurückgestellt wurden, musste der Eindruck einer systematischen Ungerechtigkeit entstehen. Denn inzwischen hatte sich das Pönalisierungsklima wegen der genannten Bedingungen gewandelt, so dass – so Ulrich Herbert – »die zurückgestellten Fälle der Schwer- und Schwerstbelasteten (...) entweder nicht mehr zur Verhandlung kamen oder mit lächerlich niedrigen Einstufungen versehen wurden« (Herbert 1995: 164). Diese prinzipielle Ungerechtigkeit brachte – neben zahllosen speziellen Mängeln – das gesamte Entnazifizierungsverfahren in Misskredit. Es sei noch ein besonders anschauliches Beispiel für dessen Fragwürdigkeit herausgegriffen. Im Januar 1951 begnadigte der amerikanische Hohe Kommissar John McCloy 89 in Landsberg einsitzende Kriegsverbrecher, darunter auch zum Tode verurteilte Einsatzgruppenführer (vgl. Frei 1995: 28).

Entnazifizierung im Hochschulbereich

Die Entnazifizierung im Hochschulbereich war nach Ansicht von Mitchell Ash ursprünglich von Sicherheitsbedürfnissen und dem Bestreben geleitet, »mittels einer groß angelegten Säuberung des öffentlichen Dienstes den Weg zu einer umfassenden »Demokratisierung der deutschen Gesellschaft (...) vorzubereiten«. Dabei handelte es sich aber um reine Absichtserklärungen, denn, so fährt Ash fort: »Dieser hehren Zielsetzung schienen allerdings die Ausbeutungs-, Entnahme- und Rekrutierungsprogramme der Alliierten zu widersprechen. Aktionen wie die »Operation Paperclip« der Amerikaner, die T-Force-Operationen der Briten oder die Entnahme ganzer Forschungs- und Produktionsbetriebe und der Abtransport vieler »Spezialisten« vor allem im Luftfahrtbereich durch den sowjetischen Geheimdienst begannen schon vor der Entnazifizierung und gerieten mit ihr zu spezifischen Zeitpunkten in Konflikt«. Resümierend hält er fest: »Der Wissenschaftler-Transfer durch die Alliierten unterminierte die Entnazifizierung vor Ort durch die Umgehung der deutschen Behörden, die jetzt die eigentliche Verantwortung dafür hatten« (Ash 1995: 906f.). Das bedeutet für Ash nicht, dass es keine Entnazifizierung in der Wissenschaft gegeben habe, er plädiert vielmehr in Anlehnung an Mark Walker für eine alternative Definition von Entnazifizierung. Wobei natürlich berücksichtigt werden muss, dass jede Nachkriegskarriere ihre Besonderheiten aufweist, wie beispielsweise die Studien über den Historiker Ulrich Crämer (Jedlitschka 2006), den Staatsrechtler Ernst Rudolf Huber (Grothe 1999) und den besonders prominenten Fall des Historikers Wilhelm Mommsen (Nagel 1998) belegen.

Ansätze zur Erklärung der Mechanismen des Selektionsprozesses

Unter Entnazifizierung soll nach Ash die »*Entflechtung* von Wissenschaft und Wissenschaftlern aus ihren früheren kollaborativen Zusammenhängen und ihre *Neuerflechtung* in andere politische Verhältnisse« verstanden werden. Diesen Vorgang nennt er »*Umgestaltung von Ressourcenkonstellationen*«, wobei die Ressourcen finanzieller, apparativ-institutioneller, kognitiv-konzeptioneller oder auch rhetorischer Art sein können. Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik ist reziprok, das heißt, Politiker und Wissenschaftler nehmen sich wechselseitig als Ressourcen in Dienst, wodurch die relative Autonomie der Wissenschaft zu einer Verhandlungssache wird – unabhängig vom Charakter des politischen Systems (Ash 1995: 904f.). Damit wird die Sicht, die Wissenschaft sei im Nationalsozialismus missbraucht oder pervertiert worden, überwunden und ihr Eigeninteresse und ihre Initiative zur Beschaffung von staatlich-politischen Ressourcen betont.

Für den hier darzustellenden Selektionsprozess nach 1945 ist es aber wichtig, den vor 1945 verwandten Varianten der Ressourcenbeschaffung besondere Beachtung zu schenken. So wurde abgestraft, wer »Aufstiegsregeln und Umgangsformen der Zunft mißachtet« hatte, wie Thomas Etzemüller bezüglich kompromittierter Historiker festhält (Etzemüller 2002: 139). Schon 1965 hat der Tübinger Rechtsprofessor und Mitglied des Staats- und Verwaltungsgerichtshofs von Baden-Württemberg Otto Bachof als nicht geduldete Formen der Ressourcenbeschaffung benannt, wenn der »Geist der Wissenschaft verraten« wurde, »aus Konjunktur oder Schwäche den Machthabern nach dem Munde geredet wurde« oder »gar Kollegen denunziert oder aus dem Amt gebracht« wurden (Bachof 1965: 208). So sieht es dann 1989 auch der Historiker Winfried Schulze: »Wer den Nationalsozialisten die Einsetzung in die Professur ohne fachliche Qualifikation verdankte, konnte allerdings nicht mit der Unterstützung der Zunft rechnen« (Schulze 1989: 128).

Exemplarisch beschreibt Bernd Weisbrod für die Universität Göttingen die Grundprinzipien des Selektionsprozesses in seinem Aufsatz mit dem anschaulichen Titel »Das Moratorium der Mandarine« als Verfahren der »Selbstentnazifizierung der Wissenschaften in der Nachkriegszeit« – so der Untertitel. Bei der Verwandlung von Belasteten in Mitläufer durch den universitären »Unterausschuß für die politische Überprüfung des Lehrkörpers« wurde eine »Exklusionslinie« gezogen: »Als des Professorenamtes unwürdig wurden eigentlich nur solche Kollegen befunden, die von Anfang an keine gewesen waren, jedenfalls nach den Regeln der universitären Selbst-Kooptation« (Weisbrod 2004: 269). Das galt zum Beispiel für einen Historiker, der mit Hilfe des »Reichsinstituts für die Geschichte des neuen Deutschlands« gegen das Votum der Fakultät eingesetzt worden war, oder auch für die Protagonisten der Deutschen Christen, die ohne akademische Titel berufen worden waren. Die politische Säuberung erscheint somit als »eine einfache Wiederherstellung professioneller Standards«, nur hebt Weisbrod hervor, konnten die »Regeln des Mandarinentums«, gegen die zu verstoßen, normalerweise die Exklusion zur Folge hatte, auch politische Verfehlungen heilen. Und so hält er schließlich fest, dass die geheiligten Regeln »politisch weitgehend indifferent waren« (ebd.: 270).

Wege der Rückkehr auf Professorenstellen

Jedoch mussten nicht nur hochschulintern, sondern auch vor einer interessierten Öffentlichkeit und in politischen Auseinandersetzungen Wege der Re-Etablierung geebnet und legitimiert werden. Ein großes Problem stellte dabei die Behandlung der Flüchtlingshochschullehrer gegenüber den »amtsverdrängten« beziehungsweise »unterbringungsberechtigten« Hochschullehrern der Westzonen und später West-

deutschlands dar. Markus Mößlang hat dies in seiner Untersuchung der 493 in Bayern zumindest zeitweilig wohnenden Flüchtlingshochschullehrer gezeigt, von denen 317 als Vertriebene, Flüchtlinge beziehungsweise DDR-Zuwanderer zwischen 1945 und 1961 an einer bayerischen Hochschule – zum Teil nur vorübergehend – ihren Beruf ausübten. In diesem Zusammenhang verweist er auf etwa 20 »politische Fälle«, die es bundesweit gab, bei denen keine Aussicht auf Wiedereinstellung bestand. Er nennt den ehemaligen Leiter des für den Sicherheitsdienst der SS arbeitenden Wannsee-Instituts, Michael Achmeteli, und Walther Wüst, ehemaliger Rektor der Universität München sowie Präsident beziehungsweise Kurator der Lehr- und Forschungsgemeinschaft der SS, »Das Ahnenerbe« (Mößlang 2002: 333). Eine ähnlich schlechte Position hatten jene, die in den Listen der »Bundesausgleichsstelle beim Bundesinnenministerium zur Durchführung des Gesetzes zu Artikel 131 GG« aufgeführt waren. Sie galten als »Bodensatz« als »negative Auslese« (ebd.: 333).

Ansonsten war das im April 1951 vom Bundestag einstimmig verabschiedete »Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen« sehr hilfreich für jene politisch belasteten, nun aber unterbringungsberechtigten Professoren, ihrem Wunsch nach Wiederverwendung Nachdruck zu verleihen (vgl. Frei 1995: 25). Jedoch versuchten die Universitäten, unerwünschte Kandidaten fernzuhalten, gerade weil auch viele vertriebene und zugewanderte Hochschullehrer, darunter natürlich auch häufig politisch belastete, aufgenommen werden mussten. Bis zum Wintersemester 1952/53 waren zum Beispiel 705 von denen wieder an Hochschulen in Westdeutschland untergekommen. Andererseits standen Ende 1952 noch 270 unterbringungsberechtigte Hochschullehrer in den Listen der Bundesausgleichsstelle, die aber längst nicht alle Berechtigten erfasst hatte. Und die bayerischen Universitäten weigerten sich sogar, dieser auf Koordinierungsfunktionen beschränkten Einrichtung freie Stellen auch nur zu melden (vgl. Mößlang 2002: 325f.).

Auch daraus erklärt sich, dass manche Professoren sofort wieder eingestellt wurden und andere über zehn Jahre warten mussten. »So war von den insgesamt 157 in Bayern ansässigen Flüchtlingshochschullehrern, die im November 1951 noch nicht bzw. nicht in einer ihrer früheren Position entsprechenden Tätigkeit untergekommen waren, bis Ende 1952 kein einziger infolge des Bundesgesetzes zu Art. 131 eingestellt worden« (ebd.: 326). Dabei gilt für die bayerischen Hochschulen, dass sie »im wesentlich höheren Maße, als es (...) zu erwarten war, kw-Stellen¹ für vertriebene und geflohene Hochschullehrer und nicht für die ehemaligen Kollegen beantragt hatten« (ebd.: 332). Im Vorteil waren generell jene, die bereits als Lehrbeauftragte, außerplanmäßige oder Honorarprofessoren eine Lehrtätigkeit ausübten

1 Das Kürzel »kw« bedeutet in diesem Zusammenhang »künftig wegfallend«.

und dann für eine kw-Stelle vorgeschlagen wurden. Bei den Personen, die den Status eines Professors zur Wiederverwendung innehatten, hing nach Mößlang die Berufung auf eine kw-Professur »vor allem von fachlichen Gesichtspunkten ab«, das »entscheidende Kriterium« war »der wissenschaftliche Marktwert des jeweiligen Hochschullehrers« (ebd.: 333). Nur der hing wiederum auch davon ab, inwieweit eine allgemeine politische Rehabilitation und die Aufnahmebereitschaft in der Zunft gegeben waren.

Ausgewählte Fälle ge- und misslingender Rückkehr von Soziologen auf Professuren

Karl Heinz Pfeffer hatte sich unter den Soziologen als Scharfmacher einen fragwürdigen Ruhm erworben und außerdem als Dekan der vom Sicherheitsdienst der SS kontrollierten Auslandswissenschaftlichen Fakultät der Universität Berlin und als geschäftsführender Präsident des Auslandswissenschaftlichen Instituts außergewöhnlich exponiert. Obwohl er nicht nur ab 1951 Leiter der Abteilung Auslandsforschung im Bremer Ausschuss für Wirtschaftsforschung und danach Leiter der Forschungsstelle für Länderkunde in Hamburg und am dortigen Weltwirtschaftsarchiv war sowie einen Lehrauftrag für gesellschaftswissenschaftliche Auslandskunde an der Hamburger Universität innehatte und schließlich ab 1959 noch eine Professur an der Universität Lahore in Pakistan wahrnahm, wurde er erst 1962 der erste deutsche Professor für Soziologie der Entwicklungsländer an der Universität Münster, nachdem er davor auch noch an der Sozialforschungsstelle in Dortmund beschäftigt gewesen war. Dieser ungewöhnlich gewundene Weg zu einer ordentlichen Professur war wohl auch deswegen notwendig geworden, weil René König Pfeffers Wiederberufung vehement bekämpfte. Überdies hatte er sich mit zahlreichen äußerst fragwürdigen Ausführungen in seinem 1956 erscheinenden *Handwörterbuch der Politik*, über das eine heftige publizistische Debatte entbrannte, angreifbar gemacht. Pfeffer hatte vor wie nach 1945 gegen Zunftregeln verstoßen. Und so war er zwar im Dritten Reich durch aktivste politische Anpassung und geschickte Ressourcennutzung, zum Beispiel jener des Sicherheitsdienstes der SS, sehr erfolgreich gewesen, hatte aber danach trotz massiver Netzwerkhilfe massive Schwierigkeiten mit einer reibungslosen Neuanpassung. Dies dokumentiert sehr anschaulich sein umfangreiches »Plädoyer in eigener Sache«, das unter anderem auch eine Reaktion auf ein DDR-Pamphlet über seine Person war (Komitee 1962).

Franz Ronneberger, der für den Auslandsnachrichtendienst des Reichssicherheitshauptamtes einen Informationsapparat für Südosteuropa betrieben hatte, er-

ging es nach 1945 ähnlich. Nachdem er über zwei Jahre vom britischen Geheimdienst und dem amerikanischen Militärgeheimdienst Counter Intelligence Corps interniert worden war, bedurfte es einer Karenzzeit von zehn Jahren als Mitarbeiter der Westfälischen Allgemeinen Zeitung, akademischer Zwischenstationen und einer erneuten Habilitation, bis er 1964 als Professor zur Wiederverwendung Ordinarius für Politik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg werden konnte (Klingemann 2006).

Erhellend ist im Vergleich dazu der Fall des ehemaligen Jenaer Rechtswissenschaftlers und Soziologen Franz Wilhelm Jerusalem, der nicht nur Distanz zum politischen System gehalten, geschweige denn mit dem Sicherheitsdienst der SS zusammengearbeitet hatte. Was aber nicht für seinen ehemaligen Assistenten Prof. Reinhard Höhn gilt, dem Begründer der Lebensgebietberichterstattung des Sicherheitsdienstes der SS, bekannt unter der Bezeichnung »Meldungen aus dem Reich«, der nach 1945 nicht wieder eine Professur erhielt. Jerusalem hatte nach seiner Flucht aus Jena an der Universität Frankfurt am Main im Sommersemester 1946 einen Lehrauftrag an der rechtswissenschaftlichen Fakultät mit Zustimmung des amerikanischen Universitätsoffiziers Edward Y. Hartshorne übernommen, wurde aber im Rahmen einer erneuten Überprüfung im November des Jahres von der Militärbehörde entlassen, da man den endgültigen Bescheid der Spruchkammer abwarten wollte. Jerusalem wurde in die Gruppe der Entlasteten eingereiht. Aber bevor das Urteil schriftlich vorlag, war der Nachfolger von Hartshorne, der Soziologe Howard Becker, ein Schüler von Leopold von Wiese, informiert worden. Becker hatte aus Protest 1934 gegenüber dem neuen Präsidenten Hans Freyer seinen Austritt aus der Deutschen Gesellschaft für Soziologie als korrespondierendes Mitglied erklärt. Becker war über die Angriffe Jerusalems in den Jahren 1933/34 auf den alten Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, dem von Wiese als einflussreicher Schriftführer angehörte, und gegen von Wiese persönlich bestens unterrichtet. Die von Reinhard Höhn im Hintergrund organisierte, vom Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Franz Wilhelm Jerusalem, aber getragene Attacke hatte das Ziel der Übernahme der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (vgl. die ersten beiden Kapitel in: Klingemann 1996). Und das hatte von Wiese nicht vergessen. Obwohl der Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät sich nachdrücklich für Jerusalem einsetzte und sogar persönlich, aber vergeblich versuchte, von Wiese umzustimmen, wurde Jerusalems Entlassung nicht rückgängig gemacht (vgl. Hammerstein 1989: 769ff.). Jerusalem hatte sich als einfaches Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Soziologie formal zum Anführer einer fachwissenschaftlich und standesethisch nicht legitimierten Gang gemacht und damit ein elementares akademisches Prinzip verletzt. Leopold von Wiese konnte sowohl sein privates Rachebedürfnis mit der Hilfe seines Schülers und mächtigen Universitäts-offiziers stillen, aber so auch die Zunftordnung wiederherstellen.

Hielt aber jemand auch unter den Bedingungen des sich etablierenden Nationalsozialismus die professionellen Spielregeln ein, dann war auch von Wiese bereit, ihm bei der Rückkehr in das akademische Leben zu helfen. Es war nämlich ausgerechnet der Ende 1933 gewählte Präsident der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Hans Freyer, aber eben der Kompromisskandidat zwischen der radikaleren Gruppe um Jerusalem und jener um ihn selbst, der schon 1949 als Referent auf der maßgeblich von Leopold von Wiese initiierten »Anthropologisch-soziologischen Konferenz« in Mainz sprechen konnte. Die Publikation der Vorträge und Diskussionsberichte gab von Wiese zusammen mit Karl Gustav Specht dann sogar im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Soziologie heraus (vgl. Pinn/Nebelung 1990: 183, 217). Bis dahin hatte Freyer, Autor des als Programmschrift geltenden Buches *Revolution von rechts* aus dem Jahr 1931, hauptsächlich zahllose Artikel für den zweibändigen *Kleinen Brockhaus* erarbeitet (Klingemann 2004), auf Konferenzen der Evangelischen Kirche gesprochen und in konfessionell orientierten Zeitschriften publiziert. Seine weitere Rehabilitierung verlief über die Stationen der prominenten Auftritte auf dem von Helmuth Plessner – eben erst aus dem Exil zurückgekehrt – geleiteten 3. Deutschen Kongress für Philosophie im Jahr 1950 und seinen Begrüßungsreden auf den Historikertagen 1951 und 1956. Bereits 1953 wird Freyer auf Initiative des Münsteraner Professors für Wirtschaftswissenschaften Andreas Predöhl, während des Dritten Reichs Direktor des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, im Alter von 66 Jahren als Emeritus in die Universität Münster aufgenommen und lehrt dort – hoch geehrt – bis 1963 (vgl. Muller 1987: 355ff.).

Zur Erklärungskraft der Modelle und die Demokratisierung der Nachkriegssoziologie, des Wissenschaftssystems und der Gesellschaft durch ehemalige Reichssoziologen

Zum Abschluss sollen noch einige Gedanken zur Einordnung der Befunde in den Kontext der erwähnten Erklärungsansätze für den Selektionsprozess und die Survival-Idee vorgebracht werden. Es hat sich gezeigt, dass die für andere Disziplinen oder im Fall der Göttinger Universität gefundenen Kriterien der In- oder Exklusion auch für Soziologen gelten. Verstöße gegen die Regeln des Mandarinentums wurden geahndet und konnten eine weitere Karriere nach 1945 massiv be- oder sogar verhindern. Anpassung an professionelle Standards wie Kollegialität und Wissenschaftlichkeit wurde sowohl vor wie nach 1945 erwartet. Das Modell der Entflechtung und Neuverflechtung von Wissenschaftlern aus alten in neue politische Verhältnisse konnte auch hier beobachtet werden. Es ist mir kein Fall bekannt, bei dem versucht

wurde, die nun geltenden demokratischen Spielregeln zu ignorieren. Bei Karl Heinz Pfeffer dauerte der Lernprozess allerdings etwas länger. Die Umgestaltung von Ressourcenkonstellationen erfolgte reibungslos zum Beispiel von der Finanzierung durch die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung und den Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, Heinrich Himmler, hin zur amerikanischen Militärregierung, wie es Ludwig Neundörfer mit seinem Soziographischen Institut an der Universität Frankfurt am Main schon Wochen vor der Kapitulation gelang (vgl. Klingemann 1996: 87ff.). Karenzzeiten und die Bewährung auf Positionen unterhalb der Ebene eines Ordinariats ermöglichten schließlich auch mehr oder minder stark Belasteten die Rückkehr auf eine angemessene Stelle. Eine besondere Rolle haben neben der Besetzung von Universitätsstellen dabei außeruniversitäre Einrichtungen gespielt, die von den Westalliierten speziell als Agenturen der Demokratisierung des deutschen Wissenschaftssystems und der gesamten Gesellschaft gefördert wurden. Das dient Uta Gerhardt (2006) als Beweis dafür, dass die Soziologie in den Westzonen neu gegründet wurde.

In der amerikanischen Zone war es an der Frankfurter Universität der Soziologe Heinz Sauermann, der für die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung und die Reichsstelle für Raumordnung gearbeitet hatte und nun als Dekan sich erfolgreich um die Rückkehr des Instituts für Sozialforschung bemühte. An der Freien Universität Berlin war es Friedrich Bülow, ehemaliger wissenschaftlicher Leiter der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung, der in den ersten Nachkriegsjahren allein die Soziologie vertrat.

In der britischen Zone war es schon gleich nach Kriegsende der ehemalige Professor an der Reichsuniversität Straßburg Gerhard Mackenroth, der an der Universität Kiel das Fach Soziologie lehrte. Als spezielle Einrichtungen sind zu nennen die Hamburger Akademie für Gemeinschaft (später: Hochschule für Wirtschaft und Politik), an der Helmut Schelsky, Gerhard Wurzbacher und Elisabeth Pfeil als Soziologen arbeiteten, wobei Wurzbacher und Pfeil (Schnitzler 2006) bereits vor 1945 fachwissenschaftlich tätig waren. In Wilhelmshaven wurde die Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft (später: Hochschule für Sozialwissenschaften) gegründet, an der Horst Jecht, Hans Raupach und Max Ernst Graf zu Solms-Roedelheim zu Professoren ernannt wurden, die schon vor 1945 ihr Expertenwissen in verschiedenen Politikfeldern des NS-Regimes eingesetzt hatten. An der Sozialforschungsstelle Dortmund, die von der Rockefeller Foundation großzügig unterstützt wurde, und schon sehr früh mit angloamerikanischen Kollegen zusammenarbeitete, waren im Laufe der Zeit 13 ehemalige Reichssoziologen tätig, die in NS-spezifischen Institutionen gearbeitet hatten, wie zum Beispiel Hans Linde im Stabsamt des Reichsbauernführers.

In der französischen Zone vertritt an der neu gegründeten Universität Mainz Wilhelm Emil Mühlmann, der im Kontext der Dienststellen von Alfred Rosenberg

verschiedene Aufgaben wahrgenommen hatte (Michel 1992), die Soziologie. Bei der Gründung der Akademie der Wissenschaften zu Mainz spielen Christian Eckert, der ehemalige Leiter des Forschungsinstituts für Sozialwissenschaften an der Universität Köln und dort 1933 wesentlich an deren Gleichschaltung beteiligt, sowie Carl August Emge, NSDAP-Mitglied seit 1931 und Wissenschaftlicher Leiter der vom Generalgouverneur Rest-Polens, Hans Frank, gegründeten Akademie für Deutsches Recht eine wichtige Rolle. Der Lehrstuhl für Soziologie an der neu gegründeten Verwaltungshochschule in Speyer wird mit Arnold Gehlen besetzt, dessen NS-Karriere allseits bekannt sein dürfte.

Es ist, anders als Uta Gerhard suggeriert, so, dass gerade die Genannten, die alle mehr oder weniger politisch belastet waren, den Prozess der Demokratisierung des Hochschulsystems und der Gesellschaft mitgetragen haben und die Etablierung der Soziologie voranbrachten. Die drei Militärregierungen erkannten deren fachwissenschaftliche Kompetenz und wurden darin bestätigt, dass ihre Anpassungsfähigkeit sie zu guten, in der Regel eher konservativen Demokraten machen würde (dazu ausführlich Klingemann 2007). Das Survival-Prinzip funktionierte, und die hier erwähnten, wie auch viele andere ehemalige Reichssoziologen, pflanzten sich fort, indem sie neben den leider nur wenigen zurückgekehrten Emigranten die erste Nachkriegsgeneration westdeutscher Soziologen ausbildeten. Diese haben zwar versäumt, sich mit deren brauner Vergangenheit auseinanderzusetzen (»kollegial abgesicherte Vergangenheitsverdrängung«, Rehberg 1992: 41), sie konnten aber auch darauf vertrauen, dass die ehemaligen Reichssoziologen im Rahmen der Neuverflechtung von Wissenschaft und Politik sich an demokratische Spielregeln gewöhnen mussten (Klingemann 2002).

Literatur

- Ash, Mitchell G. (1995), »Verordnete Umbrüche – Konstruierte Kontinuitäten: Zur Entnazifizierung von Wissenschaftlern und Wissenschaften nach 1945«, *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Jg. 43, S. 903–923.
- Bachof, Otto (1965), »Die »Entnazifizierung««, in: Andreas Flitner (Hg.), *Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus. Eine Vortragsreihe der Universität Tübingen*, Tübingen, S. 195–216.
- Etzemüller, Thomas (2002), »Kontinuität und Adaption eines Denkstils. Werner Conzes intellektueller Übertritt in die Nachkriegszeit«, in: Bernd Weisbrod (Hg.), *Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit*, Göttingen, S. 123–146.
- Frei, Norbert (1995), »Das Problem der NS-Vergangenheit in der Ära Adenauer«, in: Bernd Weisbrod (Hg.), *Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen*, Hannover, S. 19–31.

- Gerhardt, Uta (2006), »Die Wiederanfänge der Soziologie nach 1945 und die Besatzungsherrschaft. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte«, in: Bettina Franke/Kurt Hammerich (Hg.), *Soziologie an den deutschen Universitäten: Gestern – heute – morgen*, Wiesbaden, S. 31–114.
- Grothe, Ewald (1999), »Eine ›lautlose‹ Angelegenheit? Zur Rückkehr des Verfassungshistorikers Ernst Rudolf Huber in die universitäre Wissenschaft nach 1945«, *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Jg. 47, S. 980–1001.
- Hammerstein, Notker (1989), *Die Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main. Von der Stiftungsuniversität zur staatlichen Hochschule, Bd. 1, 1914 bis 1950*, Neuwied/Frankfurt a.M.
- Herbert, Ulrich (1995), »Rückkehr in die Bürgerlichkeit? NS-Eliten in der Bundesrepublik«, in: Bernd Weisbrod (Hg.), *Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen*, Hannover, S. 157–173.
- Jedlitschka, Karsten (2006), *Wissenschaft und Politik. Der Fall des Münchner Historikers Ulrich Crämer (1907–1992)*, Berlin.
- Klingemann, Carsten (1996), *Soziologie im Dritten Reich*, Baden-Baden.
- Klingemann, Carsten (2002), »Wissenschaftliches Engagement vor und nach 1945. Soziologie im Dritten Reich und in Westdeutschland«, in: Rüdiger vom Bruch/Brigitte Kaderas (Hg.), *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart, S. 409–431.
- Klingemann, Carsten (2004), »Semantische Umbauten im Kleinen Brockhaus von 1949/50 und im Großen Brockhaus der fünfziger Jahre durch die Soziologen Hans Freyer, Arnold Gehlen, Gunther Ipsen und Wilhelm Emil Mühlmann«, in: Georg Bollenbeck/Clemens Knobloch (Hg.), *Resonanzkonstellationen der Kulturwissenschaften*, Heidelberg, S. 107–131.
- Klingemann, Carsten (2006), »Franz Ronneberger: Sozialwissenschaft – Publizistik – Nachrichtendienst. Zum Verhältnis von »Intelligence« und Wissenschaft«, in: Christina Holtz-Bacha/Arnulf Kutsch/Wolfgang R. Langenbucher u.a. (Hg.), *50 Jahre Publizistik*, Wiesbaden, S. 144–175.
- Klingemann, Carsten (2007), »Soziologie. Vom Ende der Weimarer Republik bis zur frühen westdeutschen Nachkriegszeit«, in: Jürgen Elvert (Hg.), *Nationalsozialismus und Kulturwissenschaften* (im Erscheinen).
- Komitee zur Untersuchung der Verhältnisse an westdeutschen Universitäten an der Karl-Marx-Universität Leipzig (Hg.) (1962), *Die wissenschaftliche und politische Karriere des Dr. phil. habil. Karl Heinz Pfeffer, Professor für Soziologie der Entwicklungsländer an der Universität Münster*, ohne Ort, ohne Jahr (ca. 1962).
- Michel, Ute (1992), »Wilhelm Emil Mühlmann (1904–1988) – ein deutscher Professor. Amnesie und Amnestie: Zum Verhältnis von Ethnologie und Politik im Nationalsozialismus«, *Jahrbuch für Soziologiegeschichte* 1992, S. 69–117.
- Möblang, Markus (2002), *Flüchtlingslehrer und Flüchtlingshochschullehrer. Eine Studie zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im bayerischen Bildungswesen 1945–1961*, München.
- Muller, Jerry Z. (1987), *The Other God That Failed. Hans Freyer and the Deradicalization of German Conservatism*, Princeton, New Jersey.
- Nagel, Anne Chr. (1998), »Der Prototyp der Leute, die man entfernen soll, ist Mommsen. Entnazifizierung in der Provinz oder die Ambiguität moralischer Gewißheit«, *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung*, Jg. 10, S. 55–91.
- Pinn, Irmgard/Nebelung, Michael (1990), »Kontinuität durch Verdrängung. Die ›anthropologisch-soziologischen Konferenzen‹ 1949–1954 als ein ›vergessenes‹ Kapitel der deutschen Soziologiegeschichte«, *Jahrbuch für Soziologiegeschichte* 1990, Jg. 1, S. 177–218.

- Rehberg, Karl-Siegbert (1992), »Auch keine Stunde Null. Westdeutsche Soziologie nach 1945«, in: Walter H. Pehle/Peter Sillem (Hg.), *Wissenschaft im geteilten Deutschland. Restauration oder Neubeginn nach 1945?*, Frankfurt a.M., S. 26–44.
- Schnitzler, Sonja (2006), »Elisabeth Pfeil und das ›Blaue Archiv‹. Aspekte einer Bevölkerungssoziologie im Nationalsozialismus«, in: Rainer Mackensen (Hg.), *Bevölkerungsforschung und Politik in Deutschland im 20. Jahrhundert*, Wiesbaden, S. 203–219.
- Schulze, Winfried (1989), *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München.
- Weisbrod, Bernd (2004), »Das Moratorium der Mandarine. Zur Selbstentnazifizierung der Wissenschaften in der Nachkriegszeit«, in: Hartmut Lehmann/Otto Gerhard Oexle (Hg.), *Nationalsozialismus in den Kulturwissenschaften, Bd. 2, Leitbegriffe – Deutungsmuster – Paradigmenkämpfe. Erfahrungen und Transformationen im Exil*, Göttingen, S. 259–279.